



Blickpunkte

SPD

BUNDESTAGS
FRAKTION

INHALT

Sozialer Fortschritt für alle

Asyl- und Flüchtlingspolitik

Finanzen

Arbeit

Bildung

Gesundheit

Aus dem Wahlkreis / Kurz notiert

V.i.S.d.P.:

Ingrid Arndt-Brauer, MdB

Postfach 11 56

48600 Ochtrup

Tel.: 02553 / 977 10 53

Fax: 02553 / 977 10 54

Mail:

ingrid.arndt-brauer.wk01@bundestag.de

Bildquelle

Kuppelinnenansicht: Klaus-Peter Tuchscherer / pixelio.de

© Bild Arndt-Brauer: dpt/Stella v. Saldern



Liebe Leserinnen und Leser,

die letzten Landtagswahlergebnisse haben die Parteienlandschaft durcheinandergewürfelt. Bis auf den Wahlerfolg der AfD gab es keine eindeutigen Tendenzen bei den demokratischen etablierten Parteien. Leider auch nicht für die SPD: Dem großartigen Erfolg von Malu Dreyer in Rheinland-Pfalz, stehen katastrophale Ergebnisse in Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg gegenüber.

Die Erfolge der AfD stehen in engem Zusammenhang mit der aktuellen Flüchtlingsproblematik – daran besteht für mich kein Zweifel. Die AfD war vor wenigen Monaten noch eine Partei, die aufgrund interner Querelen und Abspaltungen im Zerfall befindlich war. Dass sie jetzt in gleich drei Bundesländern mit zweistelligen Stimmenanteilen vertreten ist, verdankt sie gezielt der populistischen Stimmungsmache gegen Migranten und Flüchtlinge. Der Flüchtlingsstrom macht vielen Menschen Angst. Mit simplen Rezepten - Abschiebungen, Grenzschießungen - ist es der Partei gelungen, verunsicherte Wählerinnen und Wähler von allen etablierten Parteien herüber zu ziehen und viele Stimmen von vormaligen Nichtwählern zu bekommen.

Ein Gewinn für die Demokratie – nach Lesart der AfD – ist das nicht. Von Parteien und Politik Enttäuschte, haben sich zum Protest entschlossen. Aber auch unseres demokratischen Systems - der oft mühsamen Kompromissuche - überdrüssige Bürgerinnen und Bürger haben ihrer ohnehin vorhandenen fremdenfeindlichen (Grund-)Haltung Ausdruck verliehen.

Der Wahlausgang ist einerseits Bestätigung für den Kurs der SPD in der Flüchtlingspolitik: Malu Dreyer und Winfried Kretschmann haben gezeigt, dass Unterstützer des Regierungshandelns in der Flüchtlingskrise gewinnen können. Andererseits zeigt sich, dass viele Menschen unzufrieden sind und sich von der Politik abgewandt haben.

Es geht jetzt darum, diese wieder zurückzugewinnen. Deshalb fordert Sigmar Gabriel zu Recht, dass Spielräume im Haushalt auch für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts verwendet werden müssen. Was Sigmar Gabriel mit seinem Solidarpakt auf den Tisch gelegt hat, ist genau der richtige Weg. Wir als SPD arbeiten für den sozialen Zusammenhalt und kämpfen für mehr Geld, etwa für Wohnungsbau, Bildung, Arbeitsmarkt, Lebensleistungsrente – übrigens ein Vorhaben, dass im Koalitionsvertrag verankert worden ist.

In den nächsten Monaten ist daher viel zu tun. Nicht um Flüchtlinge und Deutsche gegeneinander auszuspielen, sondern um den sozialen Frieden zu bewahren. Dafür sind wir in die Regierung eingetreten!

Ihre

Ingrid Arndt-Brauer





BLICKPUNKTE

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

SOZIALER FORTSCHRITT FÜR ALLE

SPD-Chef Sigmar Gabriel erhöht den Druck auf den Koalitionspartner, deutlich mehr Geld zu investieren in sozialen Fortschritt: in Schulen, Kitas, im Kampf gegen Kinder- und Altersarmut. Das Land habe die Kraft für die Integration der Flüchtlinge. „Aber es braucht auch ein neues Solidarprojekt für die, die schon hier leben.“ Die Union warnte er davor, den gesellschaftlichen Zusammenhalt für Haushaltsüberschüsse zu opfern.

Sigmar Gabriel ist stolz darauf, „was das Land in der Lage ist zu leisten“: Solidarität, Hilfsbereitschaft, Integration. Es sei nur eine Minderheit, die mit Hass und Gewalt das Land in Verruf bringe. Bei vielen, warnt der SPD-Chef, verfestige sich aber der Eindruck, die Politik kümmere sich nicht um die Sorgen der Menschen. Es sei wichtig, „diejenigen, die schon lange hier leben, nicht aus dem Blick zu verlieren“: beim Kampf gegen Kinder- und Altersarmut beispielsweise. „Zwei Millionen arme Kinder in einem der reichsten Länder der Erde – das ist doch eine Schande. Es fehlt an ausreichenden Kinderbetreuungsangeboten, damit Alleinerziehende arbeiten gehen können statt auf Sozialhilfe angewiesen zu sein. Und wir dürfen das Rentenniveau nicht einfach weiter absinken lassen“, so Gabriel im Interview mit der Bild am Sonntag.

Rente, Bildung, Pflege. Darum müsse sich die Politik natürlich ebenso

kümmern, wie um die Integration von Flüchtlingen, betonte der SPD-Chef – und fordert „ein neues Solidaritätsprojekt für die, die schon hier leben“.

Schwerpunkte für ein neues Solidarprojekt für Deutschland:

Rente, Bildung, Pflege. Darum muss sich die Politik genauso kümmern wie um die Integration von Flüchtlingen. Wir brauchen Fortschritte für alle Bürgerinnen und Bürger, wir brauchen ein neues Solidarprojekt.

Mindestlohn, Mietpreisbremse, Rente mit 63 Jahren und Mütterrente – das haben wir schon geschafft. Im Koalitionsvertrag haben wir noch mehr durchgesetzt.

Das muss jetzt folgen:

- Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen.
- Solidarische Lebensleistungsrente – für die Aufwertung von Kleinstrenten, damit am Ende mehr rauskommt als nur die Grundsicherung.
- Rentenangleichung Ost-West – über 25 Jahre nach der Wiedervereinigung längst überfällig
- Bundesteilhabegesetz – Menschen mit Behinderung sollen mit mehr Selbstbestimmung und ohne große Einschränkungen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Das ist gut, aber wir wollen noch mehr.

Wir kämpfen für:

- 1 Mrd. € zusätzlich für Sprachkitas, Schulsozialarbeit und bessere Nachmittagsbetreuung.
- neue Ideen und starke Initiativen gegen Langzeitarbeitslosigkeit und für mehr geförderte Arbeitsgelegenheiten – für alle im Land, nicht nur für Flüchtlinge.
- mehr sozialen Wohnungsbau – über die im vergangenen Jahr erfolgte Verdopplung (auf 2 Mrd. € jährlich) hinaus.
- massive Investitionen in die soziale Stadtentwicklung – in Quartiere, Kieze und Nachbarschaft.
- steuerliche Anreize für den Neubau bezahlbaren Wohnraums.

Die Wirtschaftslage in Deutschland ist gut. Die hohen Haushaltüberschüsse wollen wir nutzen: für gesellschaftlichen Zusammenhalt, Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt.

Die SPD regiert. Das Land kommt voran.



BLICKPUNKTE

SPD

BUNDESTAGS
FRAKTION

ASYL- UND FLÜCHTLINGSPOLITIK

Fortschritte bei EU-Türkei-Gipfel

Am 7. März 2016 fanden in Brüssel ein EU-Türkei-Gipfel mit Ministerpräsident Davutoğlu sowie ein anschließendes Sondertreffen der Staats- und Regierungschefs der EU zur Migrationssituation statt. Unmittelbar zuvor gab es eine Unterredung in der türkischen Botschaft zwischen dem türkischen Regierungschef, Bundeskanzlerin Merkel und dem niederländischen Premierminister Mark Rutte, dessen Land gegenwärtig die EU-Ratspräsidentschaft innehat. Dort wurden von der türkischen Seite neue Vorschläge gemacht, die den geplanten Ablauf der offiziellen Treffen deutlich veränderte. Da die Initiativen so unvermittelt eingebracht wurden, konnten die Staats- und Regierungschefs der EU diese nur vorläufig beraten und wollen Entscheidungen auf dem kommenden regulären Treffen am 17./18. März fassen.

Die Vorschläge fanden bei den meisten Staats- und Regierungschefs zwar ein positives Echo, allerdings gab es auch Kritik, beispielsweise vom ungarischen Premier Viktor Orbán.

Beide Seiten vereinbarten, auf folgendes hinzuwirken:

- Rückkehr/Rückführung aller neuen irregulären Migranten, die von der Türkei aus auf den griechischen Inseln ankommen, auf Kosten der EU;

- für jeden von der Türkei von den griechischen Inseln rückübernommenen Syrer Neuansiedlung eines weiteren Syrers aus der Türkei in den EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der bestehenden Verpflichtungen;
- beschleunigte Auszahlung der ursprünglich bereitgestellten 3 Milliarden Euro, um die Finanzierung eines ersten Pakets von Projekten vor Ende März sicherzustellen, und Entscheidung über zusätzliche Finanzmittel für die Flüchtlingsfazilität für Syrer;
- Vorbereitung der Entscheidung über die möglichst baldige Eröffnung neuer Kapitel in den Beitrittsverhandlungen auf der Grundlage der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Oktober 2015;
- Zusammenarbeit mit der Türkei bei allen gemeinsamen Anstrengungen zur Verbesserung der humanitären Bedingungen in Syrien, damit die ansässige Bevölkerung und die Flüchtlinge in sichereren Zonen leben können.

Die Fortschritte bei der Umsetzung des im November 2015 vereinbarten Aktionsplans EU-Türkei wurden allseits begrüßt. Die Staats- und Regierungschefs haben darüber hinaus die Lage der Medien in der Türkei mit Ministerpräsident Davutoğlu erörtert.

Erklärung der Staats- und Regierungschefs vom 8. März 2016:

Zurück zu Schengen

Der Europäische Rat hatte auf seiner letzten Tagung im Februar 2016 beschlossen, dass die Mitglieder des Schengen-Raums den Schengener Grenzkodex schnellstmöglich wieder vollständig anwenden sollen. Dabei sei den Besonderheiten der Seegrenzen Rechnung zu tragen und die „Politik des Durchwinkens“ müsse beendet werden. Bei den irregulären Migrationsströmen entlang der Westbalkanroute sei nun das Ende erreicht. Die Europäische Union stünde kollektiv in der Verantwortung, Griechenland bei der Bewältigung der vor Ort entstandenen Lage zu helfen. Es gelte, alle verfügbaren Mittel und Ressourcen der EU und Beiträge der Mitgliedstaaten rasch und wirksam zu mobilisieren. Alle Bestandteile des Fahrplans der EU-Kommission „Zurück zu Schengen“ müssten dringend vorangebracht werden, um die vorübergehenden Kontrollen an den Binnengrenzen zu beenden und einen normal funktionierenden



BLICKPUNKTE

SPD

BUNDESTAGS
FRAKTION

Schengen-Raum Ende 2016 wiederherzustellen.

Humanitäre Situation

In Griechenland kommen derzeit täglich Flüchtlinge an, die mittlerweile im Land verbleiben, da sie nicht weiterreisen können. Daher benötigt Griechenland unverzüglich Soforthilfe. Die EU-Kommission werde auf der Basis eines Krisen- und Notfallplans und in enger Zusammenarbeit mit der Regierung in Athen und den anderen Mitgliedstaaten auf konkrete Bedürfnisse reagieren. Der von der Kommission bereits unterbreitete Vorschlag für die Bereitstellung von Soforthilfe solle, so die Staats- und Regierungschefs, vom Rat noch vor der Märztagung des Europäischen Rates angenommen werden.

Management der Außengrenzen

Griechenland hat bereits Registrierungscentren, sog. Hotspots auf den Inseln aufgebaut. Für deren Betrieb, beim Grenzmanagement allgemein sowie bei der Bereitstellung ausreichender Aufnahmekapazitäten sei aber die Hilfe aller Mitgliedstaaten erforderlich. Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren, wo die Gemeinschaft oft genug die Länder mit Außengrenzen allein gelassen hat, soll nun essentielle finanzielle, humanitäre und personelle Hilfe geleistet werden. Hier stehe Europa kollektiv in der Pflicht, heißt es in der Erklärung. FRONTEX soll bis 1. April weitere personelle Unterstützung aus anderen Mitgliedstaaten erhalten und Beamte von Europol die griechischen Behörden verstärken. Einig war man sich, dass ein entschlossenes Vorgehen notwendig sei, um die

Schleuserouten zu schließen, das Geschäftsmodell der Schmuggler zu zerschlagen, die Außengrenzen zu schützen und der Migrationskrise in Europa ein Ende zu bereiten. Alle Gipfelteilnehmer betonten die Bedeutung des NATO-Einsatzes in der Ägäis.



Foto: Petra Schmidt @ pixelio / pixelio.de

Rückführung und Umsiedlung

Griechenland soll bei einer beschleunigten Rückführung all derer geholfen werden, die keinen internationalen Schutz benötigen. Grundlage dafür ist das Rückübernahmeabkommen zwischen Griechenland und der Türkei, sowie ab 1. Juni 2016 das zwischen der EU und der Türkei.

Die derzeit hohe Belastung Griechenlands muss auch durch Unterstützung bei den zwar vereinbarten, aber immer noch ungenügend umgesetzten Umsiedlungen gemindert werden. Außerdem werden weiterhin mehr Umsiedlungsplätze benötigt. Die Kommission solle monatlich über die Umsetzung der Umsiedlungsverpflichtungen berichten. Allerdings wird auch klargestellt, dass mit der vorliegenden Erklärung den Mitgliedstaaten keine neuen Verpflichtungen in Bezug auf Umsiedlung und Neuansiedlung auferlegt werden.

FINANZEN

Basiskonto für alle kommt

Der Bundestag führt einen Rechtsanspruch auf ein Basiskonto für alle ein. Auch Menschen, denen bisher eines verweigert wurde, erhalten Zugang zu einem Konto mit grundlegenden Zahlungsfunktionen. Das Parlament hat dazu einen Gesetzentwurf der Koalition zu „Umsetzung der Richtlinien über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontentgelten“ beschlossen (Drs. 18/7204). Mit dem Gesetz wird eine entsprechende EU-Richtlinie in deutsches Recht umgesetzt.

Das ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Verbraucherrechte auf dem Finanzmarkt. Die Transparenz und Vergleichbarkeit von Kosten und Entgelten von Girokonten wird deutlich erhöht. Der Kontowechsel von einem Anbieter zum anderen wird erleichtert.

Zahlungsdienstleister sollen laut der Vorlage verpflichtet werden, Verbraucher über die Entgelte und Kosten für kontobezogene Dienstleistungen zu informieren. Die Vergleichbarkeit von Konditionen für Zahlungskonten soll für Verbraucher zusätzlich durch Vergleichswebsites erhöht werden. Verbrauchern soll es künftig besser möglich sein, das für sie am besten geeignete Zahlungskonto am Markt zu finden.



Foto: Andreas Hermsdorf / pixelio.de



BLICKPUNKTE

SPD

BUNDESTAGS
FRAKTION

Auch für Geflüchtete ist das Recht auf ein Konto wichtig, um am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Denn ein Bankkonto hilft nicht nur den Geflüchteten selbst. Für die Behörden in den Kommunen ist es einfacher und sicherer, wenn Auszahlungen über Konten ablaufen. Und auch der Bekämpfung von Geldwäsche ist es dienlich, wenn weniger Zahlungen bar abgewickelt werden.

So können Ermittlungsbehörden Verdachtsfälle besser nachverfolgen. Wir erwarten, dass die hierfür nötige Identitätsprüfungsverordnung zeitnah vom Innenministerium erlassen wird und alle Duldungsbescheinigungen sowie der neue Ankunftsnachweis in die Verordnung mit aufgenommen werden.

Kreditinstitute dürfen den Antrag auf ein Basiskonto nur ablehnen, wenn eng und im Gesetz abschließend definierte Ablehnungsgründe vorliegen. Das ist der Fall,

WENN der/die Berechtigte bereits Inhaber/in eines Basiskontos im Inland ist und die damit verbundenen Dienste tatsächlich nutzen kann.

WENN bestimmte Fälle strafbaren Verhaltens des/der Berechtigten oder anderer Verstöße gegen gesetzliche Verbote vorliegen.

WENN das verpflichtete Kreditinstitut einen früher vom Berechtigten geführten Basiskontovertrag wegen Zahlungsverzugs gekündigt hat.

WENN einem Verbraucher, einer Verbraucherin die Eröffnung des Basiskontos verweigert wird, kann er oder sie dagegen vor den Zivilgerichten oder einer Verbraucherschlichtungsstelle vor-

gehen. Alternativ wird ein neu geschaffenes Verwaltungsverfahren bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht BaFin zur Verfügung stehen, mit dem die Betroffenen einfach, effektiv und kostengünstig ihren Anspruch durchsetzen können.

Finanztransaktionsteuer

Die SPD unterstützt von Anfang an als treibende Kraft die Einführung einer Finanztransaktionsteuer. Die Finanzmärkte sollen durch eine Finanztransaktionssteuer an den Kosten der bisherigen Rettungsmaßnahmen zur Bewältigung der Finanzkrise beteiligt werden, wie auch von der Europäischen Kommission vorgeschlagen.

In einer EU-weiten Form war das Projekt 2013 bereits am Widerstand Großbritanniens und Schwedens gescheitert. Die Einführung einer solchen Steuer ist jedoch trotzdem möglich: Hierzu müssen sich mindestens neun Staaten in der EU im Rahmen einer sog. "verstärkten Zusammenarbeit" zur Einführung einer solchen Steuer bereit erklären.

Elf Länder wollten die Steuer eigentlich zum 1. Januar 2016 einführen. Bisher planen - nach dem Ausstieg Estlands aus den Verhandlungen - neben Deutschland noch folgende Länder, die Steuer einzuführen: Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Österreich, Portugal, Slowenien, die Slowakei und Spanien.

Die Verhandlungen sind weit fortgeschritten, konnten aber noch nicht abgeschlossen werden.

Federführend für den politischen Prozess ist Österreich, die Koordinierung der technischen Anforderungen erfolgt durch Portugal.

Die 10 verbliebenen Länder müssen sich jetzt so schnell wie möglich einigen. Es gibt zwar eine grundsätzliche Verständigung über Eckpunkte einer solchen Abgabe, offen ist aber noch die Höhe der Steuersätze. Ziel ist jetzt, dass alle offenen Fragen im ersten Halbjahr 2016 geklärt werden. Die SPD wird sich weiter uneingeschränkt dafür einsetzen, dass eine Lösung gefunden wird. Scheitert die Einführung einer Finanztransaktionsteuer wird die SPD-Bundestagsfraktion über nationale Alternativen nachdenken.

Erbschaftsteuer

Die Blockade aus Bayern

Nachdem sich die Fraktionen SPD und CDU/CSU nach langen Verhandlungen auf einen Kompromiss geeinigt hatten, führen die erneuten CSU-Forderungen nach einer weiteren Entlastung der Wirtschaft jetzt dazu, dass auch weiterhin keine Rechtssicherheit besteht. Die CSU erweist damit der Sicherung von Arbeitsplätzen einen Bärendienst.

Die Forderungen aus Bayern sind nicht akzeptabel. Die bayrische Staatsregierung macht sich zum Sachwalter maßloser Lobbyanliegen. Eine Einigung in der Koalition wird damit unmöglich, weil die Forderungen schlicht verfassungswidrig sind. Damit hat die CSU ja Erfahrung. Das aktuelle Erbschaftsteuerrecht wurde vor allem wegen Änderungswünschen der CSU bei der



Blickpunkte

SPD

BUNDESTAGS
FRAKTION

letzten Reform vom Bundesverfassungsgericht im Dezember 2014 als teilweise verfassungswidrig eingestuft. Aufgrund der zu weitgehenden Verschonung von Unternehmensvermögen ohne Differenzierung nach der Größe des Betriebs und einiger Umgehungsmöglichkeiten ist die Steuer gleichheitswidrig ausgestaltet.



Foto: Gabi Eder / pixelio.de

Kleine und mittlere Unternehmen schützen – Große gerecht besteuern

Ziel der SPD war es immer, den Generationswechsel in den Unternehmen zu ermöglichen und Arbeitsplätze zu schützen. Kein Betrieb darf bei einem Generationenübergang durch die Erbschaftsteuer in die Insolvenz gezwungen werden. Das Gericht hat klargestellt, dass der Gesetzgeber kleine und mittlere Unternehmen, die in personeller Verantwortung geführt werden, zur Sicherung ihres Bestands und zur Erhaltung der Arbeitsplätze steuerlich begünstigen darf. Für große Unternehmen gilt dies so aber nicht, hier muss eine Bedürfnisprüfung durchgeführt werden.

Die Erbschaftsteuer ist ein wichtiges Instrument, um der zunehmend ungleichen Verteilung der Vermögen in Deutschland entgegenzuwirken und damit für mehr Gerechtigkeit in unserem Land zu sorgen. Wir haben immer betont, dass wir sehr große

Vermögen stärker an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligen wollen. Vor allem die CSU weigert sich, weil sie Steuermehreinnahmen selbst um den Preis der „Verfassungsfestigkeit“ vermeiden will.

ARBEIT

Die SPD-Fraktion kämpft weiter gegen den Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträge

Erneut hat die SPD-Fraktion mit mehr als 350 Betriebs- und Personalräten aus ganz Deutschland in Berlin über die Gestaltung der Arbeitswelt diskutiert. Das Thema diesmal: der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen. Mehr Rechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gebe es nur mit Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, sagte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Katja Mast. Als Belege dafür nannte sie die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren, den gesetzlichen Mindestlohn und als eines der wichtigsten Ziele die Stärkung der Tarifautonomie.

CDU/CSU blockiert Gesetzentwurf

Einen weiteren Beleg lieferte die Union im Vorfeld der Betriebsrätekonferenz: Sie hat die Ressortabstimmung des Gesetzentwurfs zur Bekämpfung des Missbrauchs von Leih- und Zeitarbeit verhindert. Der Gesetzentwurf aus dem Arbeitsministerium sieht unter anderem eine Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, gleiche Bezahlung nach neun Monaten und das Verbot ihres Einsatzes als Streikbrecher vor.

Dazu kommen eine klare Abgrenzung zwischen abhängiger und selbstständiger Tätigkeit sowie die Stärkung der Informationsrechte der Betriebsräte bei Werkverträgen.

Koalitionsvertrag umsetzen

Andrea Nahles hat einen ausgewogenen Gesetzentwurf erarbeitet, der die Vorgaben des Koalitionsvertrags eins zu eins umsetzt und der jetzt endlich ins parlamentarische Verfahren muss. Mit ihrem Verhalten schadet die CDU/CSU der gesamten Regierung. IG Metall-Chef Jörg Hofmann sah es ähnlich: Zu einer gerechten Arbeitswelt gehöre es, dass endlich Schluss gemacht werde mit den Lohndumping-Strategien mittels Leiharbeit und Werkverträgen. Dazu müsse der Koalitionsvertrag eingehalten werden, forderte Hofmann. Die SPD-Fraktion hatte bereits im Januar mit einem Positionspapier erneut bekräftigt, dass sie den Missbrauch bei Werkverträgen und Leiharbeit beenden will. Daran wird sie festhalten.

BILDUNG

„Meister-BAföG“-Reform: mehr Anreize für berufliche Aufstiege



Foto: l-vista / pixelio.de

Gesagt. Getan. Gerecht: Einstimmig hat der Bundestag die 3. Novelle der Aufstiegsfortbildungsförderung



BLICKPUNKTE

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

(AFBG) beschlossen (Drs. 18/7055, 18/7676). Ab dem 1. August 2016 wird sie durch spürbare Leistungsverbesserungen, erweiterte Fördermöglichkeiten und strukturelle Modernisierungen neue Anreize zur Weiterbildung schaffen. Auch Bachelor-Absolventen und Studienaussteiger bekommen künftig Zugang zur 'Meister'-Förderung.

Das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG), auch 'Meister-BAföG' genannt, unterstützt finanziell Maßnahmen der beruflichen Aufstiegsfortbildung. Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten einen einkommensabhängigen Zuschuss zu den Maßnahmenkosten und bei Vollzeitmaßnahmen einen Unterhaltszuschuss. Die nun verabschiedete Novelle des Gesetzes zeigt: Wir halten unsere Zusagen aus dem Koalitionsvertrag von 2013 ein. 'Meister' sind der SPD-Bundestagsfraktion genauso wichtig wie 'Master'!

Höhere Zuschüsse als im Gesetzentwurf der Regierung

Vor allem durch die Anhebung des Zuschussanteils zu den Kosten der Fortbildung auf 40 Prozent wird die finanzielle Belastung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer beruflichen Aufstiegsfortbildung deutlich verringert. Bisher sind es 30,5 Prozent. Das ist eine konkrete Hilfe, die wir im parlamentarischen Verfahren durchsetzen konnten. Sie wird die Hürden zur Aufnahme einer Aufstiegsfortbildung deutlich senken. Damit stärken wir maßgeblich die berufliche Bildung in Deutschland.

Mit der weiteren Erhöhung des Zuschussanteils zum Unterhalts-

beitrag von 44 Prozent auf 50 Prozent, mit der Anhebung des Belohnungserlasses bei bestandener Abschlussprüfung auf das Restdarlehen von 25 Prozent auf 40 Prozent und weiteren zahlreichen Erneuerungen wird das Meister-BAföG nachhaltig modernisiert und an aktuelle Anforderungen an die berufliche Aufstiegsfortbildung angepasst. Bund und Länder steigern ihre gemeinsame Bezuschussung zur Aufstiegsfortbildung deutlich: Die Novelle hat insgesamt ein Jahresvolumen von rund 90 Mio. Euro, und ist damit die größte Ausweitung des 'Meister-BAföGs' seit 2002.

Mehr Durchlässigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung

Auch strukturell werden durch die Reform wichtige Änderungen vorgenommen. So werden zukünftig Bachelor-Absolventen und Studienaussteiger Zugang zur Meister-Förderung erhalten. Damit wird die Durchlässigkeit zwischen der akademischen und der beruflichen Bildung gestärkt. Wir unterstützen so Studierende, die nach ihrem Studium einen Betrieb gründen oder übernehmen wollen.

Erzieherinnen und Erzieher sind ebenfalls eine der größten Leistungsbezieher des AFBG. Durch eine sachgerechte Pauschalierung und eine Reduzierung bürokratischer Hürden werden Karriereperspektiven auch in diesem Bereich des dualen Ausbildungssystems durch die Reform gestärkt. Denn die Förderung von Aufstiegsfortbildungen in den Erziehungsberufen ist der SPD

Bundestagsfraktion ein besonderes Anliegen.

GESUNDHEIT

Tabakkonsum einschränken – Prävention stärken



Foto: Lichtkunst 73/ pixelio.de

Rauchen ist eines der größten vermeidbaren Gesundheitsrisiken in Deutschland und der EU. Der Bundestag hat jetzt das Gesetz zur Umsetzung der EU-Tabakprodukt-richtlinie (Drs. 18/7218, 18/7696) beschlossen. Die 28 EU-Mitgliedsstaaten müssen diese Richtlinie bis zum 20. Mai dieses Jahres in nationales Recht umsetzen. Das erfolgt in Deutschland weitgehend eins zu eins.

In einem weiteren Gesetzesvorhaben plant Deutschland Werbebeschränkungen, die über die EU-Richtlinie hinausgehen. Insbesondere Jugendliche sollen vom Konsum von Tabakerzeugnissen und E-Zigaretten abgehalten werden.

Folgende Maßnahmen sieht das Gesetz unter anderem vor:

Das Inverkehrbringen von Zigaretten, Tabak zum Selbstdrehen wird verboten, wenn sie ein charakteristisches Aroma haben, in ihren Bestandteilen Aromastoffe oder technische Merkmale enthalten, mit



Blickpunkte

SPD

BUNDESTAGS
FRAKTION

denen sich Geruch, Geschmack oder die Rauchintensität verändern lassen, oder in Filter, Papier oder Kapseln Tabak oder Nikotin enthalten.

Auf den Packungen von Zigaretten, Tabak zum Selbstdrehen und Wasserpfeifentabak sind künftig gesundheitsbezogene kombinierte Text-Bild-Warnhinweise anzubringen, die mindestens 65 Prozent der Vorder- und Rückseite der Packungen einnehmen müssen.

Um die Rückverfolgbarkeit und Echtheit von Tabakerzeugnissen zu gewährleisten, müssen deren Packungen ein individuelles Erkennungsmerkmal und ein fälschungssicheres Sicherheitsmerkmal tragen. Für neuartige Tabakerzeugnisse wird ein Zulassungsverfahren eingeführt.

Erstmals werden Regelungen zu elektronischen Zigaretten und Nachfüllbehältern getroffen. Der Gesetzentwurf enthält Vorschriften zu Inhaltsstoffen, Produktsicherheit, Verpackungsgestaltung und Pflichten für die Hersteller, Importeure und Händler nach Inverkehrbringen sowie ein Rückrufmanagement.

Die Regelungen zu den Werbeverboten entsprechen der EU-Tabakwerberichtlinie und der EU-Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste.



Foto: Tim Reckmann/ pixelio.de

Bundesverkehrswegeplan 2030



Foto: brit berlin/ pixelio.de

Aktuell wurde der Bundesverkehrswegeplan 2030 in Berlin vorgestellt. Ingrid Arndt-Brauer ist sehr erfreut, dass die B54 zwischen Münster-Nord und Altenberge, Altenberge und Nordwalde 4-streifig ausgebaut wird. Das gleich gilt für den Neubau der Ortsumgehung Saerbeck.

Die hohe Priorisierung dieser Projekte, 'vordringlicher Bedarf', im Bundesverkehrswegeplan 2030 ist ein wichtiges Signal für die Funktionsfähigkeit der Infrastruktur in der Region: „Wir möchten allen danken, die sich mit uns dafür eingesetzt haben, dass es nun vorangeht“, äußert sich Ingrid Arndt-Brauer. Die gute Bewertung der Maßnahmen im Kreisgebiet mache deutlich, welche Bedeutung der Straßenaus- und -neubau nicht nur für die Region, sondern für die Gesamtnetzplanung des Bundes hat. Laut Ingrid Arndt-Brauer ist der Bundesverkehrswegeplan eines der wichtigsten verkehrspolitischen Projekte dieser Wahlperiode. Mit ihm werden für die kommenden 15 Jahre die entscheidenden Weichen für die bundesweite Verkehrsinfrastruktur gestellt: „Projekte, die im Bundesverkehrswegeplan als 'vordringlicher

Bedarf' eingestuft sind, haben eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit bis 2030 realisiert zu werden. Mit der guten Bewertung der Straßenbauprojekte im Bundesverkehrswegeplan wurde ein wichtiges Etappenziel erreicht. Wir werden uns im Deutschen Bundestag dafür einsetzen, dass die entsprechenden Ausbaugesetze noch in diesem Jahr verabschiedet werden“, so die Abgeordnete

Doch wo Licht ist, ist auch Schatten. Und so ist Ingrid Arndt-Brauer enttäuscht, dass die Erweiterungen der B 54 auf vier Fahrbahnen in den Bereichen Anschlussstelle Gronau /Ochtrup bis Gronau und von Nordwalde bis Borghorst bisher lediglich in die Kategorie 'weiterer Bedarf' eingestuft wurden. Damit kann das Projekt vor 2030 nicht geplant und gebaut werden. Mit dem ersten Arbeitsentwurf – der aktuell vorliegt – ist die finale Entscheidung noch nicht getroffen. Deshalb sollten alle Bürgerinnen und Bürger an dem nun gestarteten sechswöchigen Bürgerbeteiligungsverfahren teilnehmen. „Auch ich werde mich in Berlin weiter für die Erweiterung auf 4-Fahrschmalen stark machen“, so die heimische Abgeordnete abschließend.

Ich wünsche allen, die Osterfeier verteilen, viel Erfolg und allen anderen ein ruhiges und erholsames Osterfest.

Ihre

**Ingrid
Arndt-Brauer**





BLICKPUNKTE

SPD

BUNDESTAGS
FRAKTION

Aus dem Wahlkreis / Kurz notiert

Go West

Steinfurt. Im Sommer 2016 geht es für Matthias Hartmann aus Burgsteinfurt los in die USA. Vom Parlamentarischen Patenschafts-Programm (PPP), einem Austauschprogramm des Deutschen Bundestages und des amerikanischen Kongresses, hat der 20-Jährige ein Stipendium für ein Jahr erhalten. Ausgewählt wurde der ausgebildete Chemielaborant und Absolvent der Fachoberschule für Chemietechnik von der SPD-Bundestagsabgeordneten Ingrid Arndt-Brauer, die nun auch die Patenschaft für Matthias Hartmann für die Dauer des USA-Aufenthaltes übernimmt. Bei einem zwanglosen Treffen in einem Burgsteinfurter Cafe lernten sich der Stipendiat und seine Patin, die in Begleitung von SPD-Ratsmitglied Michael Hardebusch kam, näher kennen.



‘Wie kam es dazu, dass Sie mich ausgewählt haben?’, wollte Matthias von Arndt-Brauer erfahren, die ihm das Auswahlverfahren erläuterte. Die Austauschorganisation trifft unter den Bewerbern eine Vorauswahl, an dem die Paten nicht beteiligt sind. Die ausgewählten Bewerbungen aus dem Wahlkreis werden den Bundestagsabgeordneten dann vorgelegt. ‘Auswahlkriterien für mich sind dann die familiäre Situation, geschichtliche und sprachliche Kenntnisse’, so Arndt-Brauer. Hierbei konnte sich Matthias gegen seine Mitbewerber durchsetzen.

In den USA setzt Matthias auf seine Ausbildung im Bereich Chemie, hofft auf einen Studienplatz für Chemie/Biologie und anschließend auf einen entsprechenden Arbeitsplatz in den USA. Der junge Burgsteinfurter freut sich auf die neuen Eindrücke, ist aber noch gelassen, was seine Abreise angeht. Gerne versprach er Arndt-Brauer und Hardebusch, sie regelmäßig mit Informationen aus den USA zu versorgen.

Aus jahrelangen Erfahrungen mit Stipendiaten gab Arndt-Brauer abschließend Matthias noch gute Tipps mit auf dem Weg und man vereinbarte, sich nach Matthias Rückkehr wieder zu treffen.



BLICKPUNKTE

SPD

BUNDESTAGS
FRAKTION

Integration nachholen

Ibbenbüren. Überall nimmt die Anzahl älterer Migranten zu. Aufgrund von altersbedingten Problemen und Sprachbarrieren haben gerade diese älteren Menschen mit Migrationshintergrund oft weniger Zugang zu altersspezifischen Angeboten. Das Begegnungszentrum für Ausländer und Deutsche, Förderkreis für Ausländer-, Integrations- und Bildungsarbeit e.V., in Ibbenbüren hat sich dieser Problematik angenommen.

Seit 2015 gibt es im Begegnungszentrum das Projekt 'Interkulturelle Seniorenarbeit', kurz ISibb genannt. Ausgelegt ist dieses Projekt auf drei Jahre und wird vom Bundesamt für Flüchtlinge und Migration (BAMF) gefördert. In Begleitung von Bürgermeister Dr. Marc Schrameyer informierte sich jetzt die SPD-Bundestagsabgeordnete Ingrid Arndt-Brauer über Einzelheiten des Projektes.

Die Idee zu dem Projekt entstand mit der Frage: 'Warum findet man ältere MigrantInnen bei der Seniorenarbeit nicht wieder', so Projektleiterin Daniela Stelthove. Die vorhandenen Strukturen seien einfach nicht genutzt worden und der Kontakt zu den Senioren mit Migrationshintergrund entstehe überwiegend über die jüngeren Frauen der Familien.

'Mit unserem Projekt wollen wir die selbstständige Lebensführung älterer Migrantinnen und Migranten unterstützen', so Projektleiterin Daniela Stelthove. Mit einer Arbeitsgruppe 'Offene Seniorenarbeit/Interkulturelle Seniorenarbeit' soll ein Zugang zum Seniorenbeirat der Stadt geschaffen werden. Verschiedene Maßnahmen sollen die Lebensqualität älterer Migranten verbessern. Dazu gehöre u.a., die Senioren in die Altenhilfe einzubinden und interkulturelle Frauentreffen zu organisieren und dabei die verschiedenen Ibbenbürener Stadtteile zu beteiligen, so die Projektleiterin weiter. Das Projekt solle zudem dazu dienen, das zivilgesellschaftliche Engagement zu fördern, indem städtische Netzwerke für interkulturelle Themen weiter geöffnet werden und Selbstorganisationen gebildet werden, die beispielhaft beim Aufbau von Migrationslotsen für ältere MigrantInnen behilflich sind, erläuterte Stelthove weiter. Vorhandene Ressourcen könnten somit genutzt werden



Ziel des Projektes sei es, die von beiden Seiten versäumten Integrationschancen nachzuholen, so Ralph Jenders, Geschäftsführer des Begegnungszentrums. 'Mit dem systematischen Integrationsangebot, das mit dem Zuwanderungsgesetz installiert wurde, gibt es für die Neuzuwanderer erstmals wichtige Hilfen. Die Fehler, die mangels dieser Integrationsangebote bei der früheren Zuwanderungsgeneration in der Vergangenheit gemacht wurden, dürfen sich nicht wiederholen', stellte Arndt-Brauer klar und verdeutlichte die Wichtigkeit einer funktionierenden Integration. Dazu würde auch die Förderung der Projektarbeit ISibb beitragen. 'Wir würden uns freuen, wenn sich unsere

Projektergebnisse dann auch verstetigen würden', so Jenders und Stelthove abschließend.



BLICKPUNKTE

SPD

BUNDESTAGS
FRAKTION

Ladenöffnungszeiten überdenken

Rheine. Mitten in der Tarifrunde für den Einzelhandel steigt die Metro-Tochter Real jetzt aus dem Flächentarif aus. Scharfe Kritik kommt von der Gewerkschaft ver.di, die mit einem gewerkschaftlichen Organisationsgrad bei Real von bis zu 90 Prozent ihre Mitglieder vertritt. Metro-Chef Olaf Koch hatte kritisiert, Konkurrenten hätten wegen der Struktur der Tarifverträge oder des Ausstiegs aus den Verträgen deutlich bessere Kostenstrukturen als Real.

Im EEC (Ems-Einkaufs-Center) in Rheine befindet sich ebenfalls ein Real-Markt. Hier trafen sich jetzt die Bundestagsabgeordnete Ingrid Arndt-Brauer (SPD) und Gaby Leskow (SPD Rheine) mit dem Betriebsratsvorsitzenden Sascha Beckmann. Bisher galt Real als tariftreu, so Beckmann. Mit der Tariffucht mitten in einer laufenden Tarifrunde soll den Beschäftigten bei Real die anstehende Tarifierhöhung vorenthalten werden, ist sich der Betriebsratsvorsitzende sicher. Da der Flächentarifvertrag für Real zu teuer ist, will man einen Haustarif. Ein Haustarif würde aber Neuregelungen beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld, bei den Abendzuschlägen, Arbeitszeiten und der Tarifstruktur bedeuten. 'Und das nicht zum Wohle der Beschäftigten', stelle Beckmann klar.

Die monatlichen Entgelte für die heutigen Mitarbeiter sollen zwar einen Bestandsschutz erhalten, für neue Mitarbeiter wird es dann aber den Haustarif geben, so Beckmann weiter. 'Künftig werden dann Mitarbeiter unterschiedliche Entlohnung für die gleiche Arbeit erhalten', kritisierte der Betriebsratsvorsitzende. Ver.di habe schon angekündigt, keinesfalls eine 'Zweiklassengesellschaft' unter den Beschäftigten hinzunehmen. Wenn Real seine Modernisierung auf dem Rücken der Beschäftigten durchsetzen will, so muss mit Streiks gerechnet werden, machten ver.di-Verantwortliche schon deutlich.

Kontinuierlicher Verlust von Marktanteilen sowie sinkende Umsätze und Kundenzahlen machen die schlechte wirtschaftliche Lage bei Real und Metro unstrittig. Ladenöffnungszeiten und volle Lager gehören zu den Managementfehlern, die zu der Abwärtsspirale beigetragen haben. 'Auch die Öffnungszeiten bis 22 Uhr in unserem Rheiner Markt entsprechen nicht dem Bedarf', so Beckmann. Nach 20 Uhr sei kaum noch Kundschaft im Markt. Zudem würden die anderen Einzelhändler im EEC ihre Läden bereits um 20 Uhr schließen, sodass nur noch wenige Real-Mitarbeiter sich ihren Feierabend herbeisehnen. 'Die Arbeitszeiten sind auch wenig familienfreundlich', kritisierte Arndt-Brauer.

Einig waren sich der Gewerkschafter und die Politikerinnen, dass gerade in dieser Hinsicht die Arbeitsbedingungen verbessert werden müssten. Das könne aber nur geschehen, so Arndt-Brauer, wenn aus den Betriebsräten heraus, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, eine Rahmenvereinbarung zur Änderung der Öffnungszeiten erarbeitet würde. Mit einer Gesetzesinitiative würde die SPD-Fraktion dieses Anliegen dann unterstützen, versicherte die Bundespolitikerin. Damit könne eine Allgemeinverbindlichkeit für den bundesweiten Einzelhandel installiert werden, verdeutlichte Arndt-Brauer und versprach Beckmann abschließend weiterhin Unterstützung.

